



PRESSEMITTEILUNG

UN fordert die sofortige Haftentlassung der politischen Gefangenen in Spanien

Im Februar 2018 legte der internationale Rechtsanwalt und frühere UN-Sonderberichterstatter, Ben Emerson, der UN-Arbeitsgruppe zu Willkürlichen Verhaftungen den Fall der drei katalanischen politischen Gefangenen Oriol Junqueras (Vorsitzender der Republikanischen Linken ERC), Jordi Cuixart (Präsident der Kulturorganisation Òmnium Cultural) und Jordi Sánchez (ehemaliger Vorsitzender der Unabhängigkeitsorganisation ANC) vor. Unter dem Vorsitz des mexikanischen Menschenrechtsexperten José Guevara Bermúdez wurde die Untersuchungshaft der drei Katalanen von Leigh Toomey (Australien), Elina Steinerte (Lettland), Seong-Phil Hong (Republik Korea) und Sètondij Adjovi (Benin) untersucht. Heute, Mittwoch, 29.05.2019, legen sie ihren Bericht in London vor.

Jordi Cuixart und Jordi Sánchez sind seit Oktober 2017 und Oriol Junqueras seit November 2017 in **Untersuchungshaft**. Ihnen werden im Zusammenhang mit dem am 01. Oktober 2017 durchgeführten Referendum zur Unabhängigkeit Kataloniens Rebellion, Aufwiegelung und Veruntreuung vorgeworfen.

In dem Bericht der UN-Arbeitsgruppe wird erklärt, dass **diese Untersuchungshaft einen eindeutigen Verstoß gegen das Recht auf Meinungsfreiheit und gegen Demonstrations- und Partizipationsfreiheit darstelle**. Die katalanischen **Unabhängigkeitsvertreter** seien Teil einer **“friedlichen politischen Bewegung”** und somit **“wegen ihrer politischen Überzeugungen”** im Gefängnis.

In dem heute veröffentlichten **offiziellen Beschluss** der Arbeitsgruppe, wird die sofortige Haftentlassung der drei Betroffenen verlangt. Außerdem wird die Forderung nach Entschädigung für die Dauer der Untersuchungshaft an Spanien gestellt. **Zusammenfassend wird festgestellt, dass Spanien nicht wie ein demokratisches Land der EU handelt und demokratische Grundrechte verletzt.**

Als Reaktion auf die Erklärung hat der **katalanischen Außenminister Alfred Bosch** heute vor den Medien die spanischen Behörden **aufgefordert, dem Beschluss der UN-Arbeitsgruppe nachzukommen** und die **Gefangenen umgehend freizulassen**. Er weist darauf hin, dass der Bericht deutlich mache, dass die **Untersuchungshaft** in diesem Fall **“eine unverhältnismäßige und willkürliche Maßnahme”** sei. Die Stellungnahme der Arbeitsgruppe ist ein weiteres Beispiel dafür, dass das Gerichtsverfahren gegen die Politiker und Aktivisten ein **“historischer Fehler”** ist, denn allein über Dialog führe der Weg aus dem Konflikt. Die **Unabhängigkeitsbewegung ist eine demokratische und friedliche Option**, die gerade wieder durch die Wahlergebnisse in Spanien und Europa bestätigt wurde.



Zum wiederholten Male wird durch ein internationales Gremium eine Entscheidung der spanischen Justiz in Frage gestellt. Bereits in der Vergangenheit forderten **Amnesty International**, die **Weltorganisation gegen Folter (OMCT)** und **Frontline Defenders** die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Sowohl die **deutsche als auch die belgische Justiz** konnten **keine Verbrechen** von Aufruhr und Aufwiegelung feststellen und weigerten sich, die ehemaligen Minister und den katalanischen Präsidenten im Exil auszuliefern.

Die **UN-Arbeitsgruppe zu Willkürlichen Verhaftungen** ist dem Büro des **UN-Hochkommissars für Menschenrechte** angegliedert. Sie tagt dreimal jährlich, um Verstöße gegen Internationales Recht und Menschenrechte, sowie willkürliche Verhaftungen zu untersuchen, als Verletzung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen.

Wenngleich die **Beschlüsse** der Arbeitsgruppe nicht bindend sind, so wurden doch z.B. im **Jahre 2017 aufgrund der Berichte 31 Personen** in Ländern wie USA, Israel, Türkei und Cuba **freigelassen**.

http://exteriors.gencat.cat/en/detalls/noticia/2019-20190529_HCBoschONUpresos